



Presseinformation

27.03.2025

Nr. 093.25

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 11 + 32 + 35 – 80 Jahre Befreiung von Auschwitz: Holocaust-Wissen und -Bewusstsein stärken und Maßnahmen im Bildungsbereich ausbauen

Dazu sagt die kulturpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Uta Röpcke**:

Ohne Erinnerung keine Zukunft - Lebendiges Erinnern in den Bildungseinrichtungen stärken, Rechtsextremismus bekämpfen

Sehr geehrte Landtagspräsidentin,
liebe Kolleg*innen,

in meiner Kindheit habe ich viel Zeit auf dem Bauernhof meiner Großeltern im Kreis Steinburg verbracht. An den Wochenenden erzählte mein Opa oft Geschichten aus dem Krieg, von seiner Kriegsgefangenschaft in Frankreich und den Kriegsflüchtlingen, die auf dem Hof untergekommen waren. Und fast jeden Sonntag wurde Skat gespielt, und fast jeden Sonntag gab es Streit. Und zwar immer dann, wenn mein Opa begann, aus dem Krieg zu erzählen und meinte, dass es die Konzentrationslager nie gegeben hätte, dass die Russen sich diese Geschichten ausgedacht hätten, um die Deutschen als besonders grausam darzustellen.

Einige Jahre später begegnete ich wieder jemandem, der viel vom Krieg erzählte: Meinem Weltkundelehrer Herrn Hübner an der IGS Neumünster. Aber seine Geschichten aus dem Krieg waren andere als die von meinem Opa und brachten mich zur Friedensbewegung. Er benannte sehr klar die Rolle der Deutschen, die Rolle der Nazis bei diesem Krieg und ich verstand, dass er dabei auch von meinem Opa sprach. Und mir wurde klar, warum es fast jeden Sonntag bei uns Streit gegeben hatte.

Alle drei Anträge, die uns hier heute vorliegen, haben in der ein oder anderen Art und Weise mit diesen Erlebnissen meiner Kindheit zu tun. Es geht um meine, es geht um unsere Geschichte. Es geht um unsere Erinnerung.

2021 wurde die „Jewish Claims Conference“ 70 Jahre alt. Im Februar vergangenen Jahres gab es hier im Landeshaus eine Sonderausstellung mit dem Titel „70 Jahre Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland, Israel und der Claims Conference“. Bei Ihrer Eröffnungsrede sagten Sie, verehrte Landtagspräsidentin Herbst, dass Staat und Gesellschaft jetzt, insbesondere mit Blick auf die Eskalation von Antisemitismus seit dem 07. Oktober, gefordert seien, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Antisemitismus vorzugehen. Auch schon in dieser Rede haben Sie den im November 2023 interfraktionell geeinten und gemeinsam beschlossenen „10-Punkte-Plan für jüdisches Leben - Bildungsoffensive gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein“ hervorgehoben, in dem es unter anderem heißt, ich zitiere: „Alle staatlichen Ebenen müssen jetzt Maßnahmen gegen die (laut LIDA-SH) deutlich zu verzeichnende Steigerung antisemitischer Vorfälle in Schleswig-Holstein ergreifen.“ Und dass es eine Steigerung gab, aus der sich ein Handlungsbedarf ergibt, das haben bei der Anhörung zur Antisemitismus- und Antidiskriminierungsklausel im Innen- und Rechtsausschuss unterschiedliche Akteur*innen, jüdische Gemeinden und Verbände gerade noch einmal bestätigt.

Die Jewish Claims Conference hat aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz eine internationale Studie in Auftrag gegeben und Anfang des Jahres die Ergebnisse veröffentlicht. Befragt wurden im November 2023 1.000 junge Erwachsene in acht Ländern. Die erschreckenden Ergebnisse gingen durch die Medien: Mehr als jede*r zehnte Deutsche zwischen 18 und 29 Jahren hat noch nie von den Begriffen „Holocaust“ und „Shoah“ gehört. Etwas weniger als die Hälfte wusste nicht, dass dabei sechs Millionen Juden ermordet wurden. Das ist alarmierend und für uns Auftrag, die im 10-Punkte-Plan aufgeführten Maßnahmen zu bekräftigen, um einige konkrete Punkte zu ergänzen sowie uns über den Stand der Umsetzung berichten zu lassen. Die Fachanforderungen für den Unterricht sollen überprüft, ein Konzept zur Stärkung historisch-politischer Bildung an den Schulen erarbeitet und Lehrkräfte bei der Vermittlungsarbeit noch besser unterstützt werden. Dies geschieht beispielsweise auch, indem die Lehrkräftefortbildung gemeinsam mit der Gedenkstätte Yad Vashem wieder aufgenommen und weiterentwickelt wird. Dabei sollen Formate für die historisch-politische Bildung mit mehr lebensweltlichem Bezug konzipiert werden.

Lebensweltlicher Bezug entsteht auch durch den Besuch von Gedenkstätten. Die Zahl der Gedenkstättenfahrten hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt, sie werden durch das Land bezuschusst. Je weniger Zeitzeugen es gibt, umso wichtiger werden diese Fahrten. Da es bei den Bildungslücken zum Holocaust aber auch um jeden zehnten Erwachsenen geht, sind andere Formate in Kooperation mit Volkshochschulen, der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und der Bürgerstiftung von so hoher Bedeutung und brauchen ebenfalls unsere Unterstützung. Lebendiges Erinnern an den Holocaust und das am besten in Verbindung mit eigenem lebensweltlichem Bezug haben wir in dem 10-Punkte-Plan als elementar identifiziert. Damit haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, wie Sie, Kollegin Riecke, es in Ihrem Antrag jetzt fordern, und zwar gemeinsam mit allen hier vertretenen Fraktionen: Antisemitismus wird in unserem Land nicht geduldet und mit aller Härte bekämpft!

In Schleswig-Holsteins Bildungslandschaften gibt es mittlerweile viele engagierte Beispiele dafür, die wir noch sichtbarer machen möchten: In Ostholstein, wo Schüler*innen, auch aus dem Förderzentrum und der Grundschule, jährlich an der Ausgestaltung eines Gedenkprogramms rund um die Cap Arcona beteiligt werden. Lebendiges Erinnern mit Bezug zum eigenen Wohnort ist wesentlich nachhaltiger als Geschichtsunterricht aus Lehrbüchern, mögen sie noch so modern sein. Oder das

Jüdische Museum in Rendsburg, wo Schüler*innen als Fokusgruppe aktiv an der Neugestaltung der Ausstellung beteiligt wurden. Da wird genau das umgesetzt, was unsere Anträge fordern, nämlich dass jüdische Geschichte und jüdisches Leben facettenreicher thematisiert werden sollen: Es gibt dort einen Automaten mit koscheren Müsliriegeln, Aufklärungsarbeit für junge Menschen in Chat-Formaten und kleinen Videos und die Rekonstruktion eines Sportraums mit Boxsack, den man benutzen darf.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass wir uns über eine grundsätzliche Haltung zu diesem Thema in diesem Parlament einig sind!

Auf den Antrag der SPD „Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus“ möchte ich hier nur kurz eingehen: Den Schulen in Schleswig-Holstein stehen umfangreiche Materialien für den Unterricht zur Verfügung, die sie bei ihrer Arbeit für Demokratiebildung und zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen. Eine Broschüre des RBT gibt es schon, allerdings von 2016, die sollte noch einmal aktualisiert werden. Dabei könnten dann aktuelle Entwicklungen wie beispielsweise der gestiegene Einfluss sozialer Medien berücksichtigt und konkrete und praktische Handlungsempfehlungen für den Schulalltag ergänzt werden, die selbstverständlich auch die Elternarbeit mit einbeziehen. Viele Schulen engagieren sich im Kollegium, in der Schüler*innen- und Elternschaft für eine Schule ohne Diskriminierung und für eine starke Demokratie. Viele Beispiele zeigen, wie groß das Bewusstsein für starke politische Bildung in und außerhalb von Schule für eine aufgeklärte demokratische Gesellschaft ist. Und diese braucht es, um Antisemitismus und Rechtsextremismus keinen Raum zu geben, sondern diesen Raum stattdessen für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt zu nutzen!

Vielen Dank!

Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Claudia Jacob | Pressesprecherin

presse@gruene.ltsh.de

Tel. 0431 / 988 1503

Mobil: 0172 / 541 83 53

sh-gruene-fraktion.de